

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Die Welt ist ein Stück sicherer geworden

Aktion gegen Osama bin Laden war richtig



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Osama bin Laden hat unzählige Menschen auf seinem Gewissen: nicht nur die Opfer des 11. September, sondern auch die, die etwa im Irak, auf Bali, in Tunesien, in London und Madrid durch die von ihm geleiteten Terroristen starben. Dass es der US-Spezialeinheit nun gelungen ist, ihn zu töten, muss uns erleichtern. Osama bin Laden war böse.

Der Terrorist und seine Helfer haben es darauf angelegt, das Zusammenleben der Völker zu stören. Bin Laden hat den Nährboden für Gewalt bereitet. Wer den Frieden liebt, muss sagen: Es ist gut, dass er sein Werk nicht mehr fortsetzen kann. Darüber können wir uns auch freuen.

Sicher wird das Ende von Osama bin Laden nicht das Ende des Terrors sein. Die freiheitsliebende Welt hat aber unterstrichen, dass sie nicht gewillt ist, sich dem Terror zu beugen. Es ist erfreulich, dass dies auch in der arabischen Welt von der breiten Masse der Bevölkerung genauso gesehen wird wie von den deutschen Bürgern.

In Ägypten flammte in den vergangenen Tagen wieder die Gewalt auf. Christen wurden Opfer von radikalen Mus-

limen. Auch auf deren Seite gab es Opfer. Wir können nur an die Übergangsregierung in Ägypten appellieren, solche Gewaltexzesse zu unterbinden. Der Staat muss alles dafür tun, die Kopten zu schützen, die von Übergriffen besonders betroffen sind.

„Wir werden mit der neuen FDP-Spitze gut zusammenarbeiten“

Mit Blick auf die Innenpolitik bin ich froh, dass unser Koalitionspartner nun seine Personalfragen geklärt hat. Ich danke der scheidenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Birgit Homburger für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Ich freue mich nun aber auch auf die Fortsetzung der Kooperation mit Rainer Brüderle. Wir kennen uns schon lange. Wir werden alles dafür tun, dass die christlich-liberale Koalition unser Land weiter voranbringt. Wir werden mit der gesamten neuen FDP-Spitze gut zusammenarbeiten.

Schwierige Fragen sind zu lösen. Die Arbeiten zum erneuerten Energiekonzept kommen aber gut voran. Was die Entwicklung im Euro-Raum angeht, dürfen wir nicht das Augenmaß verlieren. Radikale Lösungen, die manch einer im Fall von Griechenland vor Augen hat, würden die Probleme nur vergrößern. Davon bin ich überzeugt.

Volker Kauder

Inhalt

Die Welt ist ein Stück sicherer geworden	1
Energiewende: Der Standort Deutschland wird gewinnen	2
Schnelleres Netz und besserer Verbraucherschutz	3
Sicherungsverwahrung eindeutig vom Strafvollzug abgrenzen	4
Maritime Wirtschaft voraussichtlich 2012 wieder auf Vorkrisenniveau	5
Schäuble wirbt für Hilfspaket zugunsten Portugals	6
Dialog auch in schwierigen Zeiten	7
Metropolen – Perspektiven politischer Gestaltungskraft	8
Frisch gebloggt	8
Teilhabe von Menschen mit Behinderung stärken	9
Zusätzliche Funktion für Hans-Peter Uhl	9
Zeitarbeit verbessern	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Energiewende: Der Standort Deutschland wird gewinnen



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Die nach der Reaktor-Katastrophe in Fukushima einberufene Ethik-Kommission wird am 30. Mai ihren Abschlussbericht abliefern, in dem auch die Ergebnisse der Reaktorsicherheitskommission berücksichtigt sein werden. Unsere Fraktion wird anschließend die Möglichkeit haben, die Vorschläge der Kommissionen und unserer Koalitions-Arbeitsgruppe intensiv zu beraten. Die Energiewende als weltweit ambitioniertestes politisches Umbauprojekt, das derzeit umgesetzt wird, ist gesetzgeberisch hochkomplex: Betroffen sind das Atomgesetz, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Netzausbau-Beschleunigungsgesetz, das Energiewirtschaftsgesetz, das Baugesetzbuch, das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und das Gesetz über den Energie- und Klimafonds.

Dieses neue Energiekonzept, das geeignet ist, Deutschland zum weltweiten Maßstab nachhaltiger Energiepolitik zu machen, wird von drei Leitlinien geprägt sein: von einer neuen Risikobewertung unserer Kernkraftwerke samt der Folgen für den Ausstieg, von einer unbedingt sicheren Energieversorgung mit allen erforderlichen Risikopuffern sowie von einer für Bürger und Wirtschaft akzeptablen Entwicklung der Energiepreise.

Da sich einige der mit der Energiewende verbundenen Effekte heute noch nicht hundertprozentig vorhersehen lassen, werden wir permanent die Wirkung der neuen Energiegesetzgebung überprüfen. Sollten sich die Auswirkungen auf die Strompreise, auf die Entwicklung der CO₂-Emissionen und auf die Stabilität der Stromnetze als so günstig erweisen wie geplant, wird das Ende der Nutzung der Kernenergie in Deutschland deutlich früher anstehen als es der rot-grüne Ausstiegsbeschluss ursprünglich vorgesehen hatte.

Erneuerbare Energien fallen nicht vom Himmel

Es wird offenkundig werden, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie und ein unumkehrbarer Einstieg in die Erneuerbaren Energien nur von der Union ökologisch und ökonomisch verantwortlich gestaltet werden kann. Wenn es uns gelingt zu vermitteln, dass die Energiewende unser Land, unsere Wirtschaft und den Umweltschutz in eine Win-Win-Situation bringen wird, werden die Bürger auch die neuen Stromtrassen, Speicherwerke, Windparks und Endlager akzeptieren. Denn die werden wir brauchen: Erneuerbare Energien fallen nicht vom Himmel. Der Aufbau einer nationalen Strom-Versorgungsreserve braucht eine entsprechende Infrastruktur, und die Verantwortung für unseren Atom Müll können wir nicht einfach an andere delegieren.

Strom sparen werden wir müssen, aber auch können. Das ist eine Verheißung, denn Strom sparen bedeutet viel Geld sparen. Die Union wird dafür sorgen, dass die Weiterentwicklung von Energieeinsparmöglichkeiten einschließlich der Gebäudesanierung angemessen gefördert wird.

Mit der Energiewende verwandeln wir schlussendlich einen gesellschaftlichen Großkonflikt um die Atomkraft in ein positives Zukunftsprojekt.

Schnelleres Netz und besserer Verbraucherschutz

Die Novelle des Telekommunikationsgesetzes im Bundestag

In den umfangreichen Neuerungen des Telekommunikationsgesetzes sind viele konkrete Verbesserungen für die Verbraucher enthalten. Die Bürger sollen sich leichter im Telekommunikationsmarkt zurechtfinden können und vor den „diversen Modellen der Abzocke“ geschützt werden, sagte der CDU/CSU-Obmann im Aus-

Breitband-Netz

Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Breitbandinfrastruktur ist heute mitentscheidend für die künftige wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Daher ist es auch für die ländlichen Räume wichtig, mit Breitband-Internet erschlossen zu werden. Hierzu hat sich die Bundesregierung bereits mit der Verabschiedung der Breitbandstrategie im Jahr 2009 verpflichtet. Möglichst bereits im Jahr 2015, spätestens aber 2018, soll eine flächendeckende Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit einer Bandbreite von 50 MBit/s erreicht werden. Das schafft und sichert Arbeitsplätze und eröffnet die Chance, die Infrastrukturnachteile des ländlichen Raumes gegenüber den Städten auszugleichen. Mit investitionsorientierten Regulierungsvorgaben im TK-Gesetz wird die Koalition die Rechts- und Planungssicherheit der Unternehmen verbessern. Es sind Regelungen vorgesehen, die eine wettbewerbskonforme Förderung des Aufbaus hochleistungsfähiger Netze zum Ziel haben. Die Bundesnetzagentur erhält zusätzliche Kompetenzen, die die Planungssicherheit für Investitionen erhöhen. Mehr Informationen über Art, Lage und Verfügbarkeit von Infrastruktureinrichtungen werden den bestehenden Infrastrukturatlaskat verbessern. Ziel ist es, eine wirtschaftlichere Nutzung vorhandener Infrastrukturen zu ermöglichen. Wo aber der Wettbewerb versagt, muss die Politik tätig werden. Deshalb wird sich die Fraktion in den anstehenden Beratungen des Gesetzentwurfs für einen wirksamen Stadt-Land-Ausgleich einsetzen.



© Kzenon - Fotolia.com

schuss für Wirtschaft und Technologie, Andreas Lämmel, bei der ersten Lesung der Novelle im Bundestag. So plant die Koalition, Warteschleifen bei Sondernummern nur noch zu einem Festpreis oder kostenfrei für die Anrufer anzubieten. Bei einem Anbieterwechsel soll die Umstellung des Telefon- und Internetanschlusses innerhalb eines Kalendertages erfolgen, damit der Kunde nicht ohne Telefon auskommen muss. Es soll außerdem ein Sonderkündigungsrecht für Telefon- und DSL-Verträge bei Umzügen geben. Bei Call-by-Call-Angeboten könne mit dem Entwurf auch mehr Preistransparenz geschaffen werden, führte Lämmel an.

Mehr Transparenz

Georg Nüblein, Beauftragter für IT-, Kommunikations- und Postpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, begrüßte ausdrücklich, dass den Neuerungen im Telekommunikationsgesetz zufolge auch vorgesehen sei, mehr Transparenz bei der Geschwindigkeit des Internetanschlusses zu schaffen. „Da bestehen ja häufig Unterschiede zwischen dem, was im Vertrag steht, und der Leistung, die man tatsächlich bekommt.“

Es deutete sich an, dass in den Ausschüssen des Bundestages noch Veränderungen am Maßnahmenkatalog vorgenommen werden, sagte Nüblein. Er halte beispielsweise eine Regelung für sinnvoll, die ein Bestätigungsschreiben vorschreibt, wenn telefonisch ein Vertrag abgeschlossen wurde.

Deutschlands Position im internationalen Vergleich hervorragend

Die Bundesregierung hat die europäischen Änderungsrichtlinien „Bessere Regulierung“ und „Rechte der Bürger“ zum Anlass genommen, das deutsche Telekommunikationsgesetz einer umfassenden Novellierung zu unterziehen. Die über 200 Seiten lange Vorlage sieht neben vielen technischen Vorschriften auch begriffliche Klarstellungen vor, wie der Parlamentarische Geschäftsführer Bernhard Kaster positiv anmerkte.

Deutschland steht im europäischen Vergleich hervorragend da, was die Versorgung und Qualität mit schnellen Internetanschlüssen angeht. Dies ist vor allem der erfolgreichen Breitbandstrategie der Bundesregierung zuzuschreiben.

Sicherungsverwahrung eindeutig vom Strafvollzug abgrenzen

Andrea Voßhoff zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Unterbringung schwerer Gewalttäter – Reform vom Januar richtiger Ansatz



Andrea Voßhoff
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Recht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Das Bundesverfassungsgericht hat in der vergangenen Woche ein Urteil gesprochen, nach dem die Sicherungsverwahrung von schweren Gewalttätern neu gestaltet werden muss. Über die Konsequenzen des Urteils sprach „Fraktion direkt“ mit der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Recht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andrea Voßhoff.

Frau Voßhoff, das Bundesverfassungsgericht hat der Sicherungsverwahrung extrem enge Grenzen gesetzt. Was bedeutet das für den Gesetzgeber, der erst im Januar eine Reform in Kraft gesetzt hat?

Voßhoff: Es bedeutet, dass wir das System der Sicherungsverwahrung insoweit erneut reformieren müssen, als dass künftig der Vollzug der Sicherungsverwahrung klar und eindeutig zum Strafvollzug abgegrenzt sein muss.

Dabei sind, wie das Bundesverfassungsgericht betont hat, Bund und Länder gefordert. Anders als in früheren Entscheidungen und anders als nach der Föderalismusreform vorgesehen, weist das Bundesverfassungsgericht auch dem Bundesgesetzgeber bezüglich der Regelung des Vollzugs

der Sicherungsverwahrung Kompetenzen zu.

Mit den grundlegenden Entscheidungen der letzten Reform scheint das Bundesverfassungsgericht aber einverstanden zu sein. Insbesondere das von der Union geforderte und gegen den Widerstand der Justizministerin durchgesetzte Therapie- und Unterbringungsgesetz wird vom Bundesverfassungsgericht als richtiger Ansatz begrüßt.

„Union wird den Schutz der Allgemeinheit zur Geltung bringen“

Bürger und Opferverbände befürchten, dass gefährliche Gewalt- und Sexualstraftäter nach Verbüßung ihrer Haft leichter wieder auf freien Fuß kommen. Ist diese Furcht berechtigt?

Voßhoff: Nun, ich könnte nicht guten Gewissens „Nein“ sagen! Die sogenannten Altfälle, also diejenigen circa 70 bis 80 Personen, die sich auch nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts gegenwärtig in der nachträglichen Sicherungsverwahrung befinden, werden künftig nur noch unter sehr strengen Voraussetzungen darin verbleiben können. Immerhin sind die betreffenden Straftäter nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – anders als nach derjenigen des Straßburger Menschenrechtsgesichtshofs – aber nicht sofort freizulassen. Die Vollstreckungsgerichte haben bis Ende des Jahres Zeit, diese Fälle erneut zu prüfen. In der Sicherungsverwahrung belassen können sie aber nur Täter, bei denen eine hochgradige Gefahr von schwersten Gewalt- oder Sexualstraftaten besteht und die an einer psychischen Störung im Sinne des Therapie- und Unterbringungsgesetzes leiden.

Hat das Verfassungsgericht in Karlsruhe mit dem Urteil die Freiheitsrechte der Inhaftierten höher bewertet als den Schutz der Opfer?

Voßhoff: Den Schutz der Allgemeinheit vor auch nach der Verbüßung ihrer Haftstrafe noch gefährlichen Straftätern hat das Verfassungsgericht unter anderem dadurch berücksichtigt, dass es die verfassungswidrigen Regelungen nicht für nichtig erklärt hat, sondern dem Gesetzgeber aufgegeben hat, die Sicherungsverwahrung in Gänze bis zum 31. Mai 2013 neu zu regeln. Es wird Aufgabe der Union sein, in den bevorstehenden Gesetzesberatungen den Gesichtspunkt des Schutzes der Allgemeinheit zur Geltung zu bringen, soweit das möglich ist.

Wie muss die Sicherungsverwahrung künftig aussehen, damit sie sich von der Straftat hinreichend unterscheidet?

Voßhoff: Das Bundesverfassungsgericht spricht von einem „freiheitsorientierten und therapiegerichteten Vollzug“ der Sicherungsverwahrung. Es hat dem Gesetzgeber zur Ausgestaltung sehr konkrete Vorgaben gemacht. Das heißt: Sicherungsverwahrung soll den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit wie möglich angepasst werden. Das ist verbunden mit einer Vielzahl von Einzelaspekten in Bezug auf Behandlung, Therapie, Unterbringung und dergleichen mehr.

Kann man schon die Kosten beziffern, die die Unterbringung und Therapie der Haftentlassenen nach sich ziehen wird?

Voßhoff: Genau ausgerechnet hat das noch niemand. Klar ist aber, dass es deutlich teurer wird. Während bislang etwa 150 Euro pro Untergebrachtem und Tag in der Sicherungsverwahrung in Ansatz gebracht wurden, gehen Schätzungen von circa 600 Euro pro Tag für die Zukunft aus.

Maritime Wirtschaft voraussichtlich 2012 wieder auf Vorkrisenniveau

Klima- und Umweltschutz sind Innovationstreiber für die Branche



Eckhardt Rehberg
Beauftragter für maritime Wirtschaft der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat am Freitag den Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der maritimen Wirtschaft in Deutschland debattiert. „Fraktion direkt“ sprach mit dem Beauftragten für maritime Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckhardt Rehberg, über die Zukunft der Branche.

Herr Rehberg, die maritime Wirtschaft ist mit mehr als 380.000 Beschäftigten ein bedeutender Wirtschaftszweig in Deutschland. Sie umfasst Schiffbau- und Zulieferindustrie, Schifffahrtsunternehmen, Hafenwirtschaft und Meeresforschung. Welche dieser Teilbereiche sind besonders leistungsstark und welche sind eher Sorgenkinder?

Rehberg: Sie haben Recht, die maritime Wirtschaft ist von herausragender Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Technologie-, Produktions- und Logistikstandort. Sie ist Eckpfeiler für Deutschlands führende Position im Export. Deutschland wickelt circa 60 Prozent seines Exports über den Seeweg ab und erhält einen Großteil des Imports über ihn.

Sicherlich ist es so, dass einige Teilbereiche von der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker betroffen sind als andere Bereiche. So wirkt die Krise im Schiffbau immer noch nach. Hier ist das Bild sehr unterschiedlich: Einige Werften haben volle Auftragsbücher, andere gar keine Neubaufträge.

Die maritime Wirtschaft hat unter der Weltwirtschaftskrise 2009 stark gelitten, sich aber 2010 relativ rasch erholt. Ist die Branche über den Berg? Rehberg: Ich würde nicht davon sprechen, dass die Branche insgesamt schon über den Berg ist. So sind die alten Erträge aus dem Jahr 2008 noch nicht wieder erreicht. Das gilt insbesondere bei den Werften und Zulieferern. Zwar sind die Charraten wieder nach oben gegangen, aber erst 2012 werden wir voraussichtlich das Vorkrisenniveau wieder erreichen.

Muss die Politik noch Förderinstrumente bereitstellen, damit sich die Branche wieder stabilisiert?

Rehberg: Wir müssen die industriepolitischen Rahmenbedingungen so gestalten, dass die deutsche maritime Wirtschaft ihre Position im internationalen Wettbewerb festigen und ausbauen kann. Ich denke dabei insbesondere an eine Prüfung, ob das sogenannte Tax-lease-System, die steuerliche Begünstigungen von Leasinginvestitionen, nach den Vorbildern in Spanien, Frankreich, Italien und Großbritannien auch in Deutschland eingeführt werden kann.

Was kann die maritime Wirtschaft für den Klima- und Umweltschutz tun?

Rehberg: Sehr viel. So ist die Schifffahrt gemessen am spezifischen Energieeinsatz der umweltfreundlichste und klimaverträglichste Verkehrsträger. Klima- und Umweltschutz sind Innovationstreiber in der maritimen Wirtschaft. Der Transport mit mo-

deren, energetisch hocheffizienten Schiffen leistet einen wichtigen Beitrag für den Gesundheits- und Umweltschutz.

Zur maritimen Wirtschaft gehört auch die Offshore-Windenergie, der im Rahmen der Energiewende eine besondere Bedeutung zukommt. Wie hoch schätzen Sie den Investitionsbedarf?

„Ausbau der Offshore-Windenergie vorantreiben“

Rehberg: Legt man allein den Nationalen Aktionsplan für Erneuerbare Energien (NAP) zu Grunde, sollen bis 2020 zehn Giga-Watt-Offshore-Windenergieanlagen vor Deutschlands Küsten in Betrieb gehen. Das entspricht einem Investitionsvolumen von 30 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren.

Welche Hemmnisse müssen aus dem Weg geräumt werden, damit die Offshore-Windenergie voll zur Entfaltung kommt?

Rehberg: Es gibt eine Vielzahl von Hausaufgaben, die wir erledigen müssen. Ich denke dabei insbesondere an den Netzausbau, der unbedingt beschleunigt werden muss. Wir brauchen moderne und leistungsstarke Energienetze, um die Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee mit den Verbrauchern im Süden zu verbinden. Darüber hinaus sollte es flankierende Maßnahmen zum raschen Ausbau der Offshore-Windenergie geben – wie etwa Hermes-Bürgschaften in der Ausschließlichen Wirtschaftszone für technische Güter und Anlagen, die ausschließlich zur Errichtung, zum Betrieb und zur Wartung von Offshore-Windparks dienen.

Schäuble wirbt für Hilfspaket zugunsten Portugals

Finanzzusagen an strenge Reformmaßnahmen gebunden – Debatte im Bundestag

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat im Bundestag für das Finanzpaket zur Stabilisierung des Euro geworben. Schäuble bezeichnete das Hilfspaket für Portugal im Umfang von 78 Milliarden Euro am Donnerstag als ein „ehrgeiziges Programm“, das man dem Land aber nicht verwehren könne. Die Hilfe für Portugal stabilisiere die europäische Gemeinschaftswährung insgesamt und sei daher „im besten Interesse aller Europäer und vor allem aller Deutschen“, betonte der Minister. Deutschland als Exportnation hätte die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise ohne die Währungsunion nicht so gut überstanden. Auch der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, stellte rhetorisch die Frage: „Wer, wenn nicht wir, profitiert denn vom Euro?“



© reinobjektiv - Fotolia.de

Schäuble machte vor den Abgeordneten zugleich deutlich, dass Portugal als Gegenleistung zu den Finanzhilfen verbindliche Reformzusagen abverlangt würden, damit die Staatsfinanzen saniert und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt werde. Unter anderem listete er die Kürzung der Renten und der Gehälter der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, Einsparungen im Gesundheitssystem und die Erhöhung von Verbrauchssteuern auf. Vor diesem Hintergrund sei es „vertretbar und richtig, Finanzhilfen bis zu 78 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen und Portugal den Weg zu den Finanzmärkten in angemessener Zeit wieder zu ermöglichen“. Das Paket finanzieren zu einem Drittel der Internationale Währungs-

fonds (IWF) und zu zwei Dritteln die Mitglieder der Europäischen Union und der Euro-Zone. Die genaue Aufteilung zwischen EU und Währungsunion muss im Einzelnen noch ausgehandelt werden.

„Gefahr einer Ansteckung ernst nehmen“

Schäuble wies darauf hin, dass Portugal anders als Griechenland keine ausufernden Schulden und anders als Irland keinen überdimensionierten Bankensektor habe, sondern dass das Land an schwachem Wachstum und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit leide. Die Situation Portugals zeige daher, „wie ernst wir die Gefahr einer Ansteckung nehmen müssen“. Der CSU-Haushaltspolitiker Bartholomäus Kalb mahnte in diesem Zusammenhang, dass auch Deutschland den anderen Euro-Ländern Vorbild sein und seine Hausaufgaben machen müsse. So müsse die eigene Gesamtverschuldung von 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf das Limit des Maastrichter Vertrages von 60 Prozent zurückgeführt werden.

Gläubiger an Risiken beteiligen

Barthle ging auf die Sorgen der Menschen ein, die Finanzhilfen für notleidende Euro-Staaten könnten zu einem Fass ohne Boden werden. Alle Hilfen seien an strenge Reformprogramme gebunden, betonte er. Der zukünftige Euro-Stabilitätsmechanismus (ESM) sehe vor, dass alle Hilfszusagen einstimmig entschieden werden müssen, also „niemals gegen unsere Interessen“. Außerdem sehe der ESM eine Gläubigerhaftung vor; risikobehaftete Spekulationen gingen nicht ausschließlich zu Lasten der Steuerzahler. Auch Schäuble betonte, es könne „nicht sein, dass Gewinnchancen bei Investoren und Risiken bei den Steuerzahlern bleiben“.

Was die Krise in Griechenland angeht, so unterstrichen Schäuble und Barthle, dass zunächst der anstehende Evaluierungsbericht von IWF, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission abgewartet werden müsse, der im Juni veröffentlicht wird. Schäuble machte klar, dass zusätzliche Hilfsmaßnahmen nicht ohne klare Konditionen beschlossen würden. Es müsse zunächst darüber gesprochen werden, was Griechenland selbst tun könne, um aus der Krise zu gelangen.

Auf dem Weg zur Energiewende

Die christlich-liberale Koalition hat sich einen ehrgeizigen Zeitplan gesetzt, um die Gesetze zur Gestaltung der Energiewende noch vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen. Im Folgenden der voraussichtliche Fahrplan:

- 16. Mai Abschlussbericht der Reaktor-Sicherheitskommission
- 28. Mai Abschlussbericht der Ethik-Kommission
- 29. Mai Koalitionsausschuss
- 30. Mai Sondersitzung der CDU/CSU-Fraktion
- 3. Juni Sondersitzung der CDU/CSU-Fraktion
- 3./4. Juni Koalitionsausschuss und Koalitionsarbeitsgruppe Energie
- 6. Juni Kabinettsentscheidung
- 6. Juni Sondersitzung der CDU/CSU-Fraktion
- 9. Juni Erste Lesung im Bundestag
- 30. Juni Zweite/Dritte Lesung im Bundestag
- 8. Juli Abstimmung im Bundesrat

Dialog auch in schwierigen Zeiten

Zweite China-Reise des Fraktionsvorsitzenden



Volker Kauder und der Vize-Premierminister Li Keqiang

Es war kein einfacher Besuch. Nach der Verhaftung des Künstlers Ai Wei Wei musste der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder bei seinem zweiten China-Aufenthalt das Thema der Menschenrechte stärker in den Mittelpunkt rücken als ursprünglich geplant. Ein Dialog darüber war zwar möglich. Doch bis China ein Rechtsstaat nach europäischem Verständnis wird, dürften noch eine Reihe von Jahren vergehen.

„China muss sich an seine eigenen Standards halten“

In seinen Gesprächen in der Woche vor Ostern appellierte Kauder an die politische Führung in Peking, im Fall Ai Wei Wei wenigstens die eigenen rechtlichen Maßstäbe einzuhalten. „Ich habe mich dafür ausgesprochen, dass Angehörige und Anwälte mit Herrn Ai unmittelbar Kontakt aufnehmen können“, sagte Kauder nach den Gesprächen. „China baut einen Rechtsstaat auf. Die Behörden sollten die eigenen Standards einhalten. Ferner habe ich mich für deutsche und ausländische

Journalisten eingesetzt, die sich in ihrer Berichterstattungsfreiheit eingeschränkt sehen. Die Presse leistet einen wichtigen Beitrag für das gegenseitige Verständnis beider Länder.“

Auf seiner Reise wurde Kauder vom Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Michael Meister und vom Mitglied des Fraktionsvorstands, Max Straubinger, begleitet. Erste Station

war Shanghai. In der Region besichtigte Kauder mit seiner Delegation Zweigstellen deutscher mittelständischer Unternehmen. Bei einem Treffen mit dem katholischen Bischof Aloysius Jin erkundigte sich Kauder nach der Situation der Kirchen.

In Peking schlossen sich dann politische Gespräche mit dem Zentralkomitee der KP Chinas an. Höhepunkt war die Unterredung mit Vize-Premierminister Li Keqiang, der als möglicher Nachfolger von Ministerpräsident Wen Jiabao gilt.

Kauder zog zum Ende der Reise ein positives Fazit: „Die Partnerschaft zwischen Deutschland und China entwickelt sich positiv. In Peking wie zuvor in Shanghai war bei unseren offiziellen Gesprächen ein offener Dialog möglich, in dem alle aktuellen Fragen erörtert wurden. Der breite Austausch auch über den Aufbau eines Rechtsstaats in China muss in dieser Art weitergeführt werden. Nach unseren Eindrücken sind unsere Gastgeber dazu auch bereit. Das ist zu begrüßen, wenn auch manche Fragen offen bleiben.“

Weitgehende Übereinstimmung gab es in den Finanzfragen. Es wurde deutlich, dass China wie Deutschland ein Interesse an einer wirksamen Regulierung der weltweiten Finanzmärkte hat.



Volker Kauder mit dem katholischen Bischof von Shanghai, Aloysius Jin

Metropolen – Perspektiven politischer Gestaltungskraft

Unionskongress über Entwicklungsmöglichkeiten städtischer Ballungsräume

Was kann der Bund zur Förderung von Metropolregionen tun? Diese Frage stellte der Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, auf dem Kongress zur Zukunft der Metropolen, den die Bundestagsfraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses vergangenen Mittwoch im Reichstag veranstaltete. Kauder ging damit auf den engen Handlungsspielraum der Bundespolitik ein. Gleichzeitig bekannte er sich zu dem Ziel gleichwertige Lebensverhältnisse in städtischen Ballungszentren und dem ländlichen Raum.

Der Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzende Frank Henkel stellte Berlin als eine der anspruchvollsten Metropolen in Deutschland mit außergewöhnlichem Potenzial vor. Die

internationale Strahlkraft und die besondere Rolle als Bundeshauptstadt mache Berlin zur Avantgarde – besonders in den Bereichen Kultur und Bildung. Mit Blick auf die Vernachlässigung von Berlin als Wirtschaftsstandort kritisierte er, dass die Politik dort momentan wichtige Chancen verspiele. Die Integration von Migranten bezeichnete Henkel als „Schicksalsfrage“ und forderte eine neue Willkommenskultur.

Beteiligung von Bürgern stärken

In der vom kommunalpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, Peter Götz, moderierten Podiumsdiskussion wurden verschiedene Aspekte der Stadtentwicklung beleuchtet: die

Integrations- und Familienpolitik, die Kinder- und Jugendarbeit sowie das Kultur- und Bildungswesen. In direkter Gegenüberstellung zu der von Eva Lohse repräsentierten Metropolregion Rhein-Neckar wurde deutlich, dass in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg entwicklungspolitische Potenziale brachliegen.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Andreas Scheuer, ging unter anderem auf die noch nicht endgültig beschlossene Städtebauförderung im Haushalt 2012 ein. Er warb außerdem dafür, direkte Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in den Großstädten besser zu nutzen, um wichtige Infrastruktur- und Stadtentwicklungsmaßnahmen auch künftig möglich zu machen.

Fraktion 2.0

Frisch gebloggt

Auf blogfraktion.de bezieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stellung zu aktuellen Themen. „Fraktion direkt“ gibt in lockerer Folge einen Überblick über die interessantesten Beiträge.

Bologna-Konferenz

Infolge der Studentenproteste 2010 rief Bundesbildungsministerin Annette Schavan vergangenen Freitag eine Nationale Konferenz zum Bologna-Prozess ins Leben. Im Zentrum stand die Frage, welche Berufschancen Bachelor-Absolventen haben. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer verwies auf zwei Studien, denen zufolge noch die meisten Studenten einen Master-Studienplatz suchten. Dabei hätten sie auch als Bachelor sehr gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt, denn Arbeitgeber legten laut Studien viel Wert auf Praxisbezug im Studium. Kretschmer schließt daraus: Ein Masterstudium muss nicht jeder anschließen.

Internet-Unternehmensgründungen in Deutschland

[Stephan Uhrenbacher](#) ist einer der prominentesten Vertreter der deutschen IT-Gründerszene. Seine Website [Qype](#) gilt als eines seiner erfolgreichsten Projekte im Netz. Die



Seite ist inzwischen die größte lokale Bewertungsplattform Europas. Am Montag dieser Woche nahm Uhrenbacher als Experte am [Gespräch](#) des Unterausschusses Neue Medien zum Thema Internet-Unternehmensgründungen in Deutschland teil. Im Fraktions-Blog äußerte er die Auffassung,

dass Deutschland mit einem der attraktivsten Internetmärkte und sehr gut ausgebildeten Ingenieuren ausgezeichnete Voraussetzungen für eine vitale Gründerszene und damit für die Vergabe von Risikokapital habe.

Mehr als ein „Traditionsschiff“

Jubelnd wurde die [Gorch Fock](#) letzte Woche [empfangen](#), als sie in ihren Kieler Heimathafen einlief. Ingo Gädechens, Mitglied im Verteidigungsausschuss, schreibt in seinem Beitrag, dass die jungen Offiziere auf dem Segelschulschiff mehr lernen könnten als auf den „klimatisierten Brücken computerisierter Schiffe“: Sie erlebten die natürlichen Elemente, sie verbrachten viel Zeit auf engem Raum und müssten lernen zusammenzuhalten. Die Segelausbildung sei deshalb nicht überholt, nur weil die Gorch Fock ein „Traditionsschiff“ sei – sie müsse fester Bestandteil der Offiziersausbildung in der Deutschen Marine bleiben, forderte er.

Teilhabe von Menschen mit Behinderung stärken

Neuntes Buch des Sozialgesetzbuches hat sich grundsätzlich bewährt –
Unionsfraktion zieht Bilanz nach zehn Jahren



Maria Michalk
Beauftragte für Menschen mit Behinderungen
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Das Gesetz zur Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung wurde vor zehn Jahren als neuntes Buch dem Sozialgesetzbuch hinzugefügt. Auf einem Kongress mit dem Titel „10 Jahre SGB IX – jetzt Teilhabechancen stärken“ zog die Unionsfraktion nun Bilanz. Zu der Veranstaltung im Reichstag kamen am 9. Mai 2011 weit über 100 Gäste aus ganz Deutschland.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich damals von dem Grundsatz

leiten lassen, dass auf Behinderung nicht mit Überbetreuung, Mitleid und fürsorglicher Bevormundung reagiert werden sollte. Vielmehr sollte die partnerschaftliche Anerkennung des vollwertigen Menschen im Mittelpunkt stehen, der die Hilfe und Motivation erhält, die er braucht. Dabei wurde auch die Notwendigkeit einer Differenzierung nach körperlichen, geistigen, chronisch psychischen oder Mehrfachbehinderungen gesehen.

Das Gesetz – ein lernendes System

Viele Experten sind sich einig, dass das bei seiner Einführung 2001 als Meilenstein gefeierte SGB IX den betroffenen Menschen die Rechte zusichert, die sie brauchen – etwa Hilfen aus einer Hand sowie das Wunsch- und Wahlrecht für individuelle Rehabilitationsleistungen. Die Praxis zeigt jedoch, dass die verantwortlichen Akteure vor Ort noch nicht optimal zusammenarbeiten. Auch die Komplexität der Anforderungen – z.B. in der Frühförderung – bleibt eine ständige Herausforderung. Deshalb kann durchaus von einem lernenden System gesprochen werden.

Insgesamt hat sich das Gesetz

bewährt. Doch es gibt auch Handlungsbedarf: Vor allem bei den Gemeinsamen Servicestellen und der Umsetzung des Persönlichen Budgets klaffen Erwartungshaltung und Realität auseinander. Die Gemeinsamen Servicestellen bieten immer noch keine ausreichend kompetente Beratung und Hilfe aus einer Hand an, wie vom Gesetzgeber ursprünglich vorgesehen. Und das Persönliche Budget wird lediglich von rund 10.000 Menschen bezogen, obwohl darauf 500.000 Menschen mit Behinderung Anspruch hätten. Auch das Betriebliche Eingliederungsmanagement wird von kleinen und mittleren Betrieben bislang zu wenig genutzt.

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt bietet gute Rahmenbedingungen, um die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu verbessern. Wünschenswert wäre, dass die Tarifparteien offener für eine Einstellung von Menschen mit Behinderung werden. Ein Beispiel der gelungenen Inklusion präsentierten die Patientenlotsen der Universitätsklinik Jena. Deutlich wurde ferner die Notwendigkeit der kontinuierlichen Weiterbildung auch im Bereich der Behindertenarbeit.

Kurz notiert

Zusätzliche Funktion für Hans-Peter Uhl

Der Bundestag hat den CSU-Abgeordneten Hans-Peter Uhl zum neuen Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium gewählt. Uhl löst in dieser Funktion Stefan Müller ab. Das Parlamentarische Kontrollgremium ist für die Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes zuständig: Es überwacht den Bundesnachrichtendienst (BND), den Militärischen

Abschirmdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Uhl ist innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Die Unionsfraktion hat vier Mitglieder in dem elfköpfigen Gremium. Neben Uhl sind das Peter Altmaier, Clemens Binniger und Manfred Grund.

Zeitarbeit verbessern

Die christlich-liberale Koalition will die Chancen der Zeitarbeit fördern

und den Missbrauch von Leiharbeit gleichzeitig verhindern. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Zeitarbeit bietet vor allem Arbeitslosen die Möglichkeit auf eine sozial abgesicherte Beschäftigung. Unternehmen hilft sie, auf Nachfragespitzen in Produktion und Dienstleistung flexibel zu reagieren.

Wanderungen 2010: Deutlich mehr Personen nach Deutschland zugezogen

Wiesbaden – Im Jahr 2010 sind 798.000 Personen nach Deutschland zugezogen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren das 77.000 mehr als 2009 (plus elf Prozent). Damit war die Zahl der Zuwanderer deutlich höher als in den letzten fünf Jahren. Zuletzt waren jährlich zwischen 660.000 und 720.000 Personen zugewandert. Im langjährigen Vergleich lag allerdings die Zuwanderung im vereinten Deutschland bis 2002 mit jährlich über 800.000 Personen durchgehend höher als im Jahr 2010.

Von den 798.000 im Jahr 2010 Zugezogenen waren 684.000 Ausländer. Das waren 77.000 oder 13 Prozent mehr als im Jahr 2009. Die Zahl der Zuzüge von Deutschen ist dagegen mit rund 115.000 gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben. Zu ihnen gehörten Spätaussiedler und Deutsche, die aus dem Ausland zurückkehren.

Hauptherkunftsländer der Zugezogenen waren im Jahr 2010 Polen (126.000 Personen), Rumänien (75.000 Personen), Bulgarien (39.000 Personen) sowie Ungarn, die Türkei und die USA (mit jeweils 30.000 Personen). Am stärksten zugenommen haben die Fortzüge aus Rumänien (+ 18.000), Bulgarien (+ 11.000) und Serbien (+ 10.000).

An Fortzügen aus Deutschland wurden im vergangenen Jahr 671.000 verzeichnet. Dies waren 63.000 weniger als im Jahr 2009. Die Zahl der Fortzüge ins Ausland reduzierte sich sowohl bei ausländischen Personen (- 49.000 auf 530.000 Personen) als auch bei deutschen Personen (- 14.000 auf 141.000 Personen).

Für die letzten drei Jahre sind bei



Zeichnung: Stuttmann

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine

30. Mai 2011	Fraktionssitzung zur Energiepolitik
3. Juni 2011	Fraktionssitzung zur Energiepolitik
6. Juni 2011	Fraktionssitzung zur Energiepolitik
28. Juni 2011	Fraktionssommerfest
5. Juli 2011	Sommerfest des Parlamentskreises Mittelstand

den Fortzügen jedoch Sondereffekte zu berücksichtigen: Wegen der bundesweiten Einführung der Steuer-Identifikationsnummer für jeden Bürger wurden seit 2008 umfangreiche Bereinigungen der Melderegister vorgenommen, die zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen in den Melderegistern führten. Diese Abmeldungen wurden den Statistischen Ämtern gemeldet und flossen zum großen Teil in die Berechnung der Fortzüge mit ein.

Aus der Bilanzierung der Zu- und Fortzüge ergibt sich für 2010 ein Wanderungsüberschuss von insgesamt 128.000 Personen. Seit der Wiedervereinigung wurde in jedem Jahr mit Ausnahme der Jahre 2008 und 2009 ein Wanderungsüberschuss verzeichnet. Dieser lag allerdings nach den hohen Zuwanderungsüberschüssen der 1990iger Jahre seit 2004 bei weniger als 100.000 Personen jährlich.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
Der Podcast von Volker Kauder ➔ ikauder.cducusu.de
Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd
(Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt